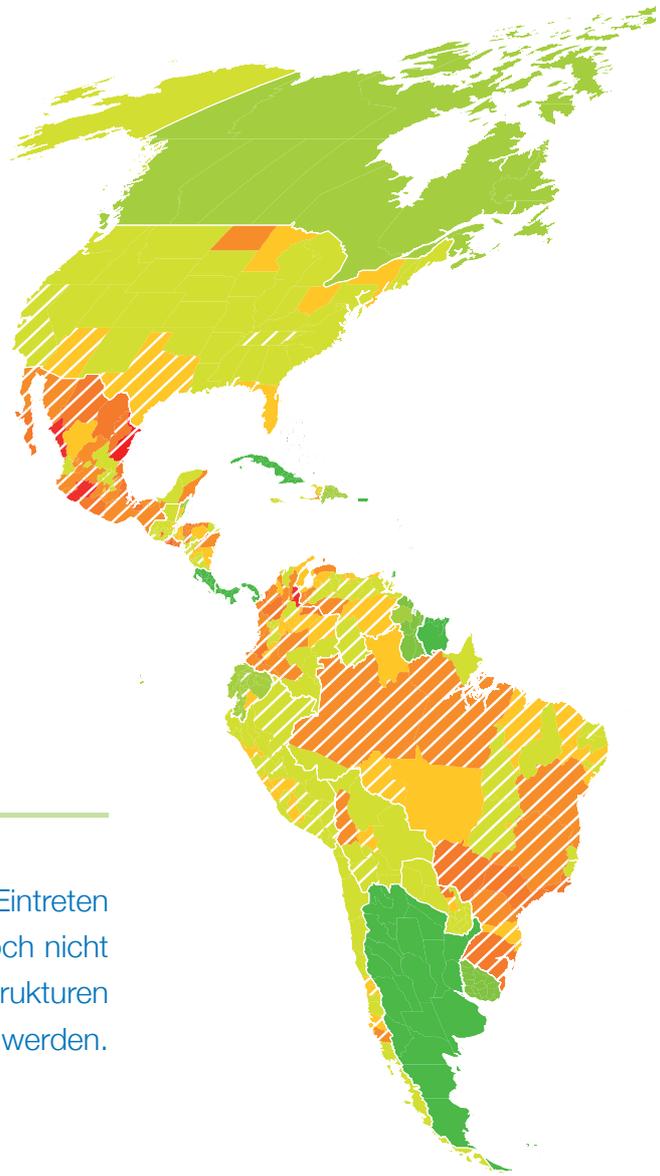

Unsicherheitsfaktor öffentliche Ordnung – eine verdrängte Gefahr für Unternehmen und Auslandsmärkte?



Politische Gefahren können nur versichert werden, wenn das Eintreten von Ereignissen wie Unruhen oder Wirtschaftssanktionen noch nicht erwartbar ist. Sowohl geopolitisch als auch lokal scheinen Strukturen weniger verlässlich und Veränderungen unvorhersehbarer zu werden. Global agierende Unternehmen sollten dringend handeln.

Der G20-Gipfel in Hamburg Anfang Juli 2017 hat gezeigt: Auch in Deutschland gibt es politische Risiken. Als die Regierungschefs der 19 stärksten Industrie- und Schwellenländer sowie die Europäische Union sich in Hamburg trafen, überraschte das Ausmaß der Gewalt radikaler linker Gruppen. Die öffentliche Ordnung in Hamburg geriet kurzzeitig aus den Fugen.

Aber auch die geopolitische Weltordnung scheint seit Beginn des Jahres 2017 zunehmend verloren zu gehen. Ein vergleichsweise auf niedrigem Niveau stagnierender Ölpreis wird zu einem akuten innerpolitischen Problem vieler ölexportierender Länder. Innerhalb Europas ist die politische Gemeinschaft durch nationalistische Interessen gefährdet.

Die deutsche Industrie ist traditionell sehr stark globalisiert und exportabhängig. Im Jahr 2016 hatte Deutschland mit einem Leistungsbilanzüberschuss von rund 300 Milliarden US-Dollar die weltweit exportstärkste Wirtschaft vor China, das noch im Jahr 2015 die Weltspitze markierte. Selbst im deutschen Mittelstand hängen heute

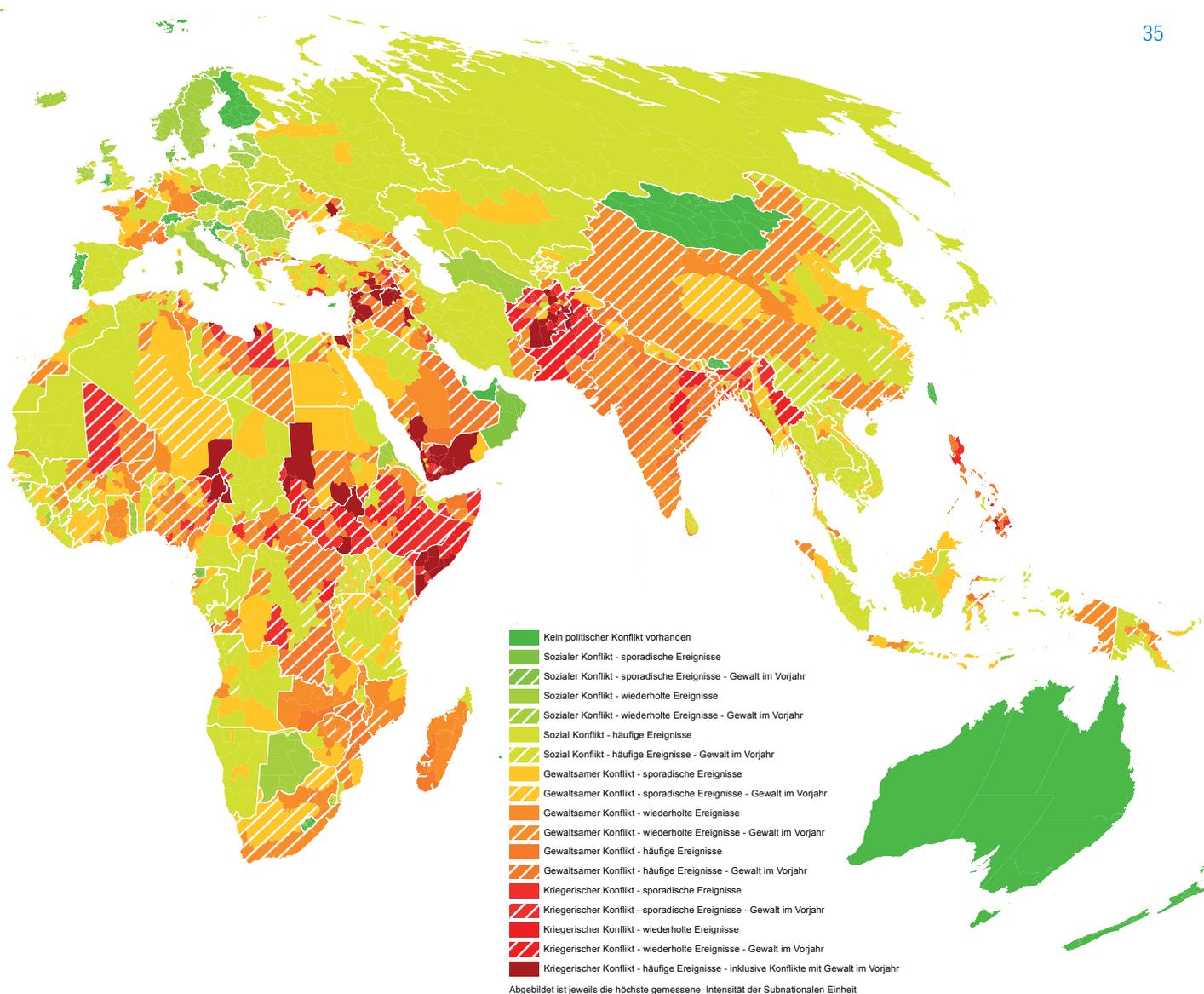
rund 25 Prozent der Arbeitsplätze am Export. Viele Unternehmen folgten ihren wachstums- und ertragsstarken Absatzmärkten und betreiben mittlerweile eigene Produktionsstandorte im Ausland, die teilweise sogar größer als die Heimatwerke sind. Die weltweite politische Unsicherheit trifft daher die deutsche Industrie und ihre Lieferketten besonders. Regierungswechsel, Wirtschaftssanktionen, Protektionismus, aber auch das niedrige Zinsumfeld und fehlende staatliche Investitionen sind direkte Folgen und stellen neben den klassischen politischen Gefahren wie Krieg, Terror und Unruhen politische Risiken für alle deutschen Unternehmen dar.

Politische Risiken frühzeitig einschätzen

Versicherungslösungen werden – anders als von Banken – von den Unternehmen vergleichsweise selten als Teil des Risikomanagements politischer Gefahren gewählt. Eine der Herausforderungen im Umgang mit politischen Risiken ist, ihre Versicherbarkeit hinreichend zu bewerten. Auch erfordert ein wesentliches Versicherungsprinzip ein grundsätzlich zufälliges Schadener-

eignis. Ist ein politisches Risikoereignis bereits eingetreten und beeinträchtigt die Unternehmensgewinne negativ, ist das Risiko in der Regel nicht mehr versicherbar. Dies bedeutet, dass politische Risiken sehr frühzeitig analysiert, bewertet und auch abgesichert werden müssen. Ein vorausschauendes Handeln ist bei politischen Risiken von Unternehmen gefordert. Um politische Risiken versicherungstechnisch zu bewerten, unterscheidet die Versicherungswirtschaft drei Klassen politischer Risiken, die sich in den gängigen Versicherungslösungen widerspiegeln:

1. Eigentumsrisiken (bezogen auf ausländische Direktinvestitionen), wie Enteignung, Verstaatlichung oder politische Gewaltakte wie beispielsweise Krieg, Terror oder Unruhen
2. Transferrisiken wie zum Beispiel Währungsrestriktionen, wenn der Staat in das Bankensystem eingreift
3. operative Risiken, die unter anderem politisch initiierte Vertragsverletzungen im Ausland beinhalten oder den Entzug von Im-/Exportlizenzen sowie den Widerruf von Kreditzusagen umfassen



Computergestützte Risikoanalyse

Versicherungsmakler unterstützen Unternehmen bei der Analyse und Bewertung von politischen Risiken. Mit einem Stresstest der Lieferkette und Finanzkennzahlen können Unternehmen ihre politischen Gefahrenpotenziale frühzeitig erkennen und Konzepte zur Vorbereitung entwickeln. Mit Hilfe von Computerprogrammen wird simuliert,

politischen Risiken auf Einzelländerebene. Mit Förderung unserer Stiftung führt Conias derzeit Trendanalysen von 25 ausgesuchten Ländern durch, die aufzeigen, wie sich das politische Risiko mittelfristig entwickeln wird. Die Ergebnisse werden bereits im Verlauf des Jahres 2018 schrittweise veröffentlicht und stehen Unternehmen kostenfrei zur Verfügung.

oder Euromoney mit ihren nachgelagerten Angeboten wie dem Political Risk Service (PRS) oder den Worldwide Governance Indicators (WGI)

- Nichtregierungsorganisationen wie Transparency International oder die Heritage Group mit dem Corruption Perception Index oder dem Economic Freedom Index, die auch gesamtwirtschaftliche Daten der jeweiligen Länder zur Ableitung politischer Risiken enthalten

„Eine der Herausforderungen im Umgang mit politischen Risiken ist, ihre Versicherbarkeit hinreichend zu bewerten.“

wie sich realistische Ereignisse auf die globale Wertschöpfungs- und Erlösstruktur des Unternehmens auswirken können. Daraus lässt sich die Gefährdung durch politische Risiken ableiten. Die Ergebnisse dienen als wichtige Richtgrößen, um beispielsweise geeignete Deckungs- bzw. Versicherungssummen zu ermitteln. Sie sind damit die Basis für mögliche Versicherungslösungen. Spezialisierte Beratungsfirmen wie das Spin-off der Universität Heidelberg „Conias Risk Intelligence“ erstellen tief gehende Analysen des

Gefahrenkarten verschaffen einen Überblick

Einen ersten Überblick bieten sogenannte politische Gefahrenkarten, die im Internet verfügbar sind.

Die wesentlichen Datenquellen dieser Gefahrenkarten sind:

- Kreditversicherer mit ihren länderspezifischen Ratings im Bereich politische Risiken
- öffentliche Institutionen wie die Weltbank

Die Datenquellen werden in der Regel jährlich von den Institutionen aktualisiert. Bei grundlegenden Änderungen des politischen Risikos kann auch eine unterjährige Anpassung der Gefahrenkarte erfolgen.

Dr. Alexander Skorna
Funk, Internationaler Versicherungsmakler
und Risk Consultant
– Systemhaus für Risikolösungen –